

nun gar nicht mehr aus wie ein angezählter Boxer im Ring.

Das Psychodrama funktioniert, denn es entspricht dem Glauben an dunkle Mächte und Verschwörungen aller Art. Das Denken in Verschwörungen ist mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen, bei Rechten wie bei Linken.

Wenige Tage zuvor hatte Strache in einem Interview mit der Rechtsaußen-Postille „Wochenblick“, die in den vergangenen eineinhalb Jahren mit Inseraten aus freiheitlichen Regierungsbüros gefüttert worden war, sogar von einem „deep state“ gemunkelt, also einen Staat im Staate, der die FPÖ bekämpfe und ihn „politisch ausschalten“ wollte. Strache: „Gibt es den vielleicht doch?“ Diese Verschwörungstheorie ist im vergangenen Jahr über die USA in rechtsradikale Kreise nach Europa geschwappt. US-Präsident Donald Trump meint, von einem „deep state“ aus der Obama-Administration bekämpft zu werden.

Strache geht seine Erzählung leicht über die Lippen. Schon seine Rücktrittsrede am 18. Mai 2019 war ein Meisterstück: weinerlich, beschämt, aggressiv und anklagend. In jedem seiner Auftritte werden alle Emotionen abgerufen. Das Ibiza-Buch von Frederik Obermaier und Bastian Obermayer, den Investigativjournalisten der „Süddeutschen Zeitung“, zeigt, wie haltlos und gefährlich kalkulierend Strache und Gudenus agierten. Strache dagegen wertet es als „Entlastung“.

Und in der FPÖ mehren sich Stimmen, sie hätten schon im März 2019 gehört, dass die ÖVP Neuwahlen wolle. Man sei von schwarzer Seite heimlich gewarnt worden, sich auf einen Wahlkampf im Herbst einzustellen.

In diesen Krisenzeiten redet kaum noch jemand von der Partei. „Familie“ heißt sie jetzt oder „Gesinnungsgemeinschaft“, ein lupenreiner Nazi-Begriff. Dazu passt der Kampf gegen „das System“. Auch das ist tief in der Geschichte der FPÖ verankert.

„Ob rot, ob schwarz, ist einerlei, im System liegt die Schweinerei.“ So reimte die FPÖ in ihren Anfängen mit antisemitischem Unterschleif. Im NS-Original hieß es: „... in der Rasse liegt die Schweinerei.“

Jörg Haider bekämpfte auf das Heftigste und sehr erfolgreich die Zweite Republik. Er prangerte Verbände und Institutionen, Proporz und Privilegien, die Nutznießer und deren Gehäl-

ter an. Doch auch bei ihm lief die propagierte Erneuerung nur darauf hinaus, dass sich auch die FPÖ in das Proporzsystem hineinzwängte. Die Jahre der schwarz-blauen Koalition in den 2000er-Jahren beschäftigen heute noch die Gerichte. Doch damals sind auch zahlreiche Freiheitliche, meist Akademiker aus rechtsnationalen Burschenschaften, in die Verwaltung der Ministerien eingezogen und dort geblieben. Sie fungieren heute als Abteilungsleiter und Sektionschefs.

Nobert Hofer, Herbert Kickl und Strache: zwei offizielle Spitzenkandidaten – und ein geheimer. Drei Charaktere, drei Temperamente für drei verschiedene Zielgruppen. Der nett und versöhnlich auftretende Hofer, der sich aggressive Attacken verkneift und dennoch „die Werte“ hochhält, für den eher unpolitischen Wähler. Kickl, der freiheitliche Ideologe, der Kompromisse eingeht und der Parteibasis die Welt und die Netzwerke der Gegner erklärt. In der „Neuen Freien Zeitung“, dem Parteiorgan der FPÖ, wird hauptsächlich Kickl beworben. Er war zuletzt auch häufig „Coverboy“. Im aktuellen Kommentar wird er in eine Reihe mit Haider, Orbán und Trump gestellt. Seinen Forderungen („Kein Asyl in Europa“, „Stopp der Migration“), die bar jeder Vernunft sind und menschenrechtlichen Überlegungen widersprechen, wird großer Raum eingeräumt.

In Parteiversammlungen bekomme Kickl immer den größten Applaus, wird berichtet. Vergangene Woche startete er einen Generalangriff auf den amtierenden Innenminister Wolfgang Peschorn, in Kickls Augen ein ÖVP-Büttel, der sich „Weisungen aus der ÖVP-Zentrale“ hole. Die Verantwortungsträger in der Justiz werden als Marionetten einer schwarzen Verschwörung, die ermittelnden Beamten der Soko-Ibiza als ÖVP-nahe hingestellt – befeuert von Peter Pilz von der Liste Jetzt. Aber auch die ÖVP hatte in der Schredder-Affäre nicht gezögert, die Beamten im Kanzleramt als SPÖ-nahe und somit nicht vertrauenswürdig zu verunglimpfen. Das alles schwächt die Institutionen und spielt den freiheitlichen Angriffen auf das „System“ in die Hände.

In dieser Stimmung kann das Trio an der Spitze der FPÖ gelassen seine Pattstellung halten. Eifersüchteleien und Machtkämpfe sind auf später verschoben. Die Familie hält dicht. ■

„Jeder war überzeugt, ich bin ein Monster“

Mehrere Jahre saß ein Mann als mutmaßlicher Bataclan-Terrorist in Österreich in Haft – zu Unrecht. Seit dem Freispruch irrt er umher, auf der Suche nach psychologischer Hilfe und Duldung in Europa.





VON THOMAS HOISL

SCHICKSAL UNGEWISS
„Ich möchte meine alte
Gesundheit zurück.“

Abid wirkt, als hätte er das Gefängnis nie verlassen. Hin und wieder spaziert er allein ins nahe Einkaufszentrum und kauft sich ein buntes T-Shirt beim Discounter. Einmal ging er ins Freibad und bestellte Pommies. Meistens sitzt er aber auf der Sperrholzbank am Wiener Stadtrand und starrt ins Leere. Wirklich frei ist er nicht, weder gedanklich noch auf dem Papier.

Vor einem Jahr sprachen ihn alle gerichtlichen Instanzen rechtskräftig frei – nach einer jahrelangen Achterbahnfahrt durch die österreichische Justiz. Ermittler des Salzburger Landesamtes für Terrorismusbekämpfung (LVT) hatten ihn für einen Komplizen bei den Terroranschlägen von Paris im Jahr 2015 gehalten. Frankreich selbst zeigte an dem 29-jährigen Marokkaner hingegen nie Interesse. Und das ist nur eine von vielen Merkwürdigkeiten in dieser Geschichte.

Heute darf sich Abid lediglich tagsüber frei bewegen, am Abend muss er zu einem umzäunten Gebäudekomplex an der Wiener Peripherie zurückkehren. Nach seinem Freispruch wurde er noch im Gerichtssaal erneut in Polizeigewahrsam genommen. Auf zwei Jahre U-Haft folgten weitere sechs Monate in Schubhaft. Als sich der Zustand des Mannes heuer im März drastisch verschlechterte, beschied man ihm das sogenannte „gelindere Mittel“. Seither hat er nur nachts Ausgangssperre. Formal steht ihm weiterhin die Abschiebung bevor, doch Abid will gar

nicht flüchten. Nur: Warum landete dieser Mann überhaupt in Österreich? Freiwillig geschah es nicht.

In einem Wiener Kaffeehaus scrollt Abid durch die Landkartenfunktion auf seinem Smartphone. Er zoomt auf ein kleines Dorf in Nordmarokko, nahe der Küstenstadt Nador. Einige Bars und Shops poppen auf dem Bildschirm auf. Es gebe sie dort mittlerweile aber nicht mehr, zumindest ihre früheren Besitzer, erzählt Abid: „Die sind alle in Europa. Alle, die gehen können, gehen nach Europa.“ So wie im Herbst 2015, auf dem Zenit der Flüchtlingsbewegung, auch Abid und zwei Freunde. Sie waren Opfer der schätzungsweise 40-prozentigen Jugendarbeitslosigkeit in Marokko.

Am 20. November 2015 bestieg das Trio eine Maschine Richtung Istanbul. Für die Türkei benötigen Marokkaner kein Visum; legale Aufenthalte in Europa sind für Nordafrikaner hingegen schwierig. So ging es in der Folge per Schlepperboot nach Griechenland weiter; über die Balkanroute erreichte Abid Ende Dezember 2015 das geplante Ziel seiner Reise: Brüssel, wo sein Halbbruder Said und die halbe Familie seines einst ausgewanderten Vaters seit vielen Jahren leben.

Eine Woche vor Abids Abreise, am 13. November 2015, wurde Europa von einem Terroranschlag erschüttert. Attentäter des „Islamischen Staates“ richteten in Pariser Bars und der Konzerthalle Bataclan ein Massaker an; über 130 Menschen starben. Die Täter, fast ausschließlich gebürtige Franzosen und Belgier, hatten Monate, manche sogar Jahre im „IS-Kalifat“ verbracht, militärische Trainings erhalten und waren zwischen dem Sommer und Oktober 2015 unbemerkt zurückgekehrt. ▶

**MEDIALE
VORVERURTEILUNG**
Abids Gesicht ging nach
seiner Verhaftung durch
die Weltpresse.



Frankreich verhängte den Ausnahmezustand, die Fahndung nach möglichen Mittätern erstreckte sich bald über ganz Europa; auf dem gesamten Kontinent herrschte Terroralarm.

In den Monaten der Großfahndung saß Abid bei seinem Halbbruder in Brüssel. Er hielt sich mit Hilfsarbeiten über Wasser, besuchte Verwandte in den Niederlanden, postete Selfies auf Facebook. Er wollte den Menschen in Marokko zeigen, dass er es in Europa „geschafft“ hatte. Doch am 7. Juli 2016 brach eine Lawine über den 29-Jährigen herein. Belgische Polizisten stürmten die Wohnung des Verwandten und nahmen ihn fest. Seit Monaten wurde dieser wegen Terrorverdachts mit einem europäischen Haftbefehl gesucht – auf Antrag der Republik Österreich. Wochen später wurde er mit einer Sondermaschine aus Salzburg abgeholt. Gleichzeitig ging sein unverpixeltes Foto durch die Weltmedien, CNN nannte ihn einen „mysteriösen IS-Agenten“. Was war geschehen?

Tatsächlich gab es nach den Terroranschlägen von Paris eine Spur nach Salzburg – in ein Asyl-Notquartier nahe der deutschen Grenze. Der französische Geheimdienst konnte dort zwei Männer lokalisieren, die offensichtlich an den Anschlägen mitwirken wollten. Die Wege von Adel H. und Muhammad U. ließen sich bis nach Syrien zurückverfolgen. In Griechenland waren sie Anfang Oktober 2015 festgehalten worden und strandeten in Salzburg, als die Attentate bereits passiert waren. Auf Zuruf von Frankreich griff ein Sonderkommando am 10. Dezember 2015 ein. H. und U. wurden festgenommen und nach Paris überstellt, sie zeigen sich teils geständig und warten immer noch auf den großen Bataclan-Prozess.

Doch warum Abid? Bei der Verhaftung der beiden IS-Männer beschlagnahmte man alles, was im Schlafsaal herumlag – Kleidung, Brieftaschen, SIM-Karten. An einer Ladestation baumelte ein besitzerloses, weißes Samsung s3 mini. Die Salzburger Polizisten nahmen es mit und schrieben es zunächst Adel H. zu.

Doch eigentlich gehörte es Abid. Er war auf der Durchreise mit seinen Freunden im selben Asylquartier untergekommen,



ZU UNRECHT IN HAFT
Schmerzen, Medikamente
und Suizidgedanken

hatte sein Handy dort aufgeladen und den Raum verlassen. Den Polizeieinsatz habe er nur von außen beobachten können, erzählt er. Als „Illegaler“ habe er nicht gewagt, sein Telefon bei der Exekutive wieder einzufordern. Zwei Tage später reiste er mit den Freunden weiter. Wochen später sollte sein Handy zum „Kurier-Telefon des IS“ erklärt werden. Ein Alleingang der Salzburger Behörden – Frankreich interessierte das schon nicht mehr.

Im Juni 2017 begann sein Prozess am Landesgericht Salzburg. Abids nunmehriger Verteidiger Wolfgang Blaschitz erinnert sich: „Das war eine völlig haarsträubende Anklage, gegen die man eigentlich Einspruch hätte legen müssen.“ Zentrales Indiz: Auf Abids Handy seien Kontakte einer im Flüchtlingsquartier ebenfalls sichergestellten SIM-Karte kopiert worden.

Doch der Vorwurf gab Rätsel auf, denn die fragliche SIM-Karte wurde laut einem Amtsvermerk von einem LVT-Beamten selbst in Abids beschlagnahmtes Handy eingeführt. Dem Gericht erklärte das LVT dann, der Zeitpunkt der übertragenen Daten sei nicht mehr feststellbar. Zusätzlich sagte ein Ermittler aus, dass den angeblich kopierten Kontakten sogar der Terrorbezug fehle. Der Erstrichter verurteilte Abid im Oktober 2017 dennoch zu sechs Jahren Haft. Im April 2018 hob der Oberste Gerichtshof das gesamte Urteil wegen schwerer Beweismängel schließlich auf. Ein neuer Prozess brachte einen Freispruch, nach über zwei Jahren U-Haft.

„Es ist einfach nichts Positives mehr in meinem Kopf“, sagt Abid. Kurz nach seiner Überstellung aus Belgien hätten die Depressionen begonnen. In Brüssel habe er noch die Hoffnung gehabt, alles würde sich bald klären; die belgischen Polizisten seien ihm respektvoll begegnet. In Österreich habe sich das „wie von Tag auf Nacht“ verändert, über allem schwebte der erdrückende Terrorverdacht. „Niemand hat mich als normalen Menschen gesehen, jeder war überzeugt, ich bin ein Monster.“

Nur ein Mal in sieben Monaten habe er seinen Pflichtverteidiger gesehen, regelmäßige Gesuche für eine Kontaktaufnahme mit seiner Familie wurden abgewiesen. Den ersten kurzen Kontakt zur Fami-

lie hatte er erst ein Jahr nach seiner Verhaftung, als sein Halbbruder zum Prozess in Salzburg erschien. Ansonsten: stundenlange Verhöre, sedierende Medikamente, Schmerzen im Bewegungsapparat, mangelnde Sprachkenntnisse, Einzelhaft, Einsamkeit.

Abids dunkelste Erinnerung ist der Monat nach der Verurteilung in Salzburg. Ein Mithäftling hatte ihn eines Morgens im Waschraum vermisst und bei den Justizbeamten Alarm geschlagen. Als sie die Türe seiner Zelle öffneten, sei der andere Insasse auf ihn zugestürzt, habe ihn gepackt und hochgehalten – Abid sei gerade dabei gewesen, sich das Leben zu nehmen. „Das war eine Nacht, in der jede Hoffnung verschwunden war“, erzählt er und kann die Tränen nicht zurückhalten.

Der Übersetzer des Gesprächs, ein renommierter Jihadismus-Forscher und Arabistiker, hat den Eindruck, dass der Mann bis heute mit niemanden über diese Zeit sprechen konnte. Immer wieder äußere er den Wunsch, endlich einen „richtigen Arzt“, einen „richtigen Psychologen“ zu treffen, ein Stück seiner „alten Gesundheit“ wiederzubekommen.

Vor zwei Monaten ging er wegen seiner Depressionen in ein Krankenhaus. Er erhielt Medikamente – und eine Rechnung über 2500 Euro.

Schubhäftlinge – in Österreich derzeit 352 – sind grundsätzlich nicht krankenversichert, heißt es aus dem Innenministerium. Ärzte, Behandlung und Medikamente seien bei Bedarf von der „für den Vollzug zuständigen Landespolizeidirektion“ zu übernehmen.

Im Sommer 2016 hatte man Abid mit einer Sondermaschine von Belgien nach Salzburg geholt. Nach dem verkorksten Strafverfahren will Österreich ihn nun wieder loswerden. Schon im Juni 2018 stellte das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl einen Antrag auf ein Heimreisezertifikat: Marokko soll Abid zurücknehmen. Von dort gibt es seither keine Reaktion. Kein Einzelfall: Abschiebungen nach Marokko sind langwierig; heuer gab es bisher 26.

Nun steckt Abid im fremdenrechtlichen Niemandsland fest. Er und seine Familie befürchten, dass ihm als gebrandmarktem Islamisten in der Heimat Gefängnis und Verfolgung drohen. Drei Asylanträge wurden in der Haft abgelehnt; er hofft, nach seinem Freispruch in Europa geduldet zu werden. Im Herbst soll über Entschädigungsgeld seitens der Republik verhandelt werden.

Ihm selbst gehe es gar nicht um die Zahlungen, sondern um seinen Kopf. ■